

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Anna Christmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/20164 –**

Grenzenloser Zusammenhalt – Internationalen Jugendaustausch krisenfest aufstellen

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion würden Angebote des internationalen Jugendaustauschs grundlegend zum Zusammenhalt einer demokratischen Zivilgesellschaft in Europa beitragen. Interkulturelle Begegnungen, Freundschaften über Ländergrenzen hinweg zu knüpfen und den eigenen Horizont zu erweitern, seien prägende Lebenserfahrungen, die allen jungen Menschen, unabhängig vom sozialen Hintergrund oder der Bildungsbiographie zugänglich gemacht werden müssten. Weiterhin könnten die Angebote des internationalen Jugendaustauschs dazu beitragen, Vertrauen, das wegen nationalstaatlicher Alleingänge und geschlossener Grenzen im Zuge der Corona-Krise verloren gegangen sei, wieder aufzubauen und den europäischen Gedanken zu festigen.

Die europäische Austauschlandschaft werde von gemeinnützigen Organisationen entscheidend mitgestaltet, von denen viele durch die Auswirkungen der Corona-Krise in ihrer Existenz bedroht seien. So sei zu befürchten, dass die Bewerbungszahlen im Schüler- und Jugendaustausch aufgrund der aktuellen Situation mit Reiseverboten und geschlossenen Grenzen einbrechen könnten. Auch dürften die Austauschorganisationen als Vereine oder gemeinnützige Unternehmenskörperungen keine Rücklagen bilden und würden als nicht gewinnorientierte Organisation meist nicht die Voraussetzungen für viele der aktuellen Nothilfen und Kredite erfüllen. Durch Rückholaktionen, Stornierungen und zu erwartende Umsatzaufschläge würden enorme Fehlbedarfe entstehen.

Darüber hinaus seien auch Austauschorganisationen in europäischen Ländern in den Blick zu nehmen. In vielen Ländern fehlten finanzielle Möglichkeiten, um die eigenen Organisationen mit Soforthilfen zu unterstützen. Ohne den Erhalt europäischer Partnerschaften und Netzwerke werde aber auch in Deutschland kein Austausch stattfinden können.

Daher sei es erforderlich, die langjährig gewachsene Infrastruktur der gemeinnützigen Austauschorganisationen zu unterstützen, krisenfest abzusichern und für die Zukunft zu erhalten.

B. Lösung

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schlägt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20164 vor.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20164 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/20164.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20164 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ulle Schauws
Stellvertretende Vorsitzende

Michaela Noll
Berichterstatterin

Svenja Stadler
Berichterstatterin

Martin Reichardt
Berichterstatter

Matthias Seestern-Pauly
Berichterstatter

Katrin Werner
Berichterstatterin

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michaela Noll, Svenja Stadler, Martin Reichardt, Matthias Seestern-Pauly, Katrin Werner und Beate Walter-Rosenheimer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20164** in seiner 170. Sitzung am 2. Juli 2020 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Um die vielfältigen Formate des internationalen Jugendaustauschs auch für die Zeit nach der Corona-Krise zu erhalten, brauche es nach Auffassung der antragstellenden Fraktion eine solide Finanzierung, die gezielt Strukturen fördere, damit internationale Begegnungen nicht ausschließlich von privaten finanziellen Mitteln abhängen und Organisationen bei ausbleibenden Teilnahmebeiträgen sowie krisenbedingten Mehraufwendungen nicht vor dem Aus stünden.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung auffordern,

1. gemeinsam mit den Bundesländern schnellstmöglich einen Rettungsschirm für gemeinnützige Austauschorganisationen in Höhe von 25 Mio. Euro für den internationalen Schüler-Jugendaustausch in Form einer Strukturförderung bereitzustellen, um den Erhalt der Strukturen sicherzustellen und den Wiederaufbau des Austauschs zu unterstützen. Eine Kohärenz mit anderweitigen Maßnahmen zur Soforthilfe insbesondere bei den Überbrückungshilfen für gemeinnützige Organisationen müsse gewährleistet sein. Dafür gelte insbesondere,
 - a) die entstandenen Zusatzkosten durch den abrupten Abbruch der Austauschprogramme aufzufangen und dabei die weiterlaufenden Fixkosten für das nächste Jahr mit zu berücksichtigen;
 - b) den Bemessungszeitraum für zusätzliche Hilfen bedarfsgerecht auszuweiten. Einnahmeausfälle bezögen sich anders als im Konjunkturprogramm benannt – nicht nur auf die in der Corona-Pandemie besonders hart getroffenen drei Monate, sondern auf das gesamte nächste Schuljahr;
2. zu prüfen, ob die im Corona-Konjunkturpaket gewährten Darlehen für gemeinnützige Organisationen in direkte Zuschüsse umgewandelt werden könnten;
3. dafür zu sorgen, dass die genannten Ausweitungen der Überbrückungshilfen und Veränderungen im KfW-Sonderprogramm für Gemeinnützige auch den stark betroffenen gemeinnützigen Trägern der internationalen Freiwilligendienste zugutekämen;
4. sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die Mittel für ERASMUS+ auf 26,4 Mrd. Euro und für das Europäische Solidaritätskorps auf 1,1 Mrd. Euro im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen für 2021–2027 erhöht würden, entsprechend der Forderungen des Europäischen Parlaments;
5. sich dafür einzusetzen, dass zusätzlich zu den bestehenden EU-Programmen im Bereich des Schüler- und Jugendaustausches (insbesondere ERASMUS+ und das Europäische Solidaritätskorps) auf EU-Ebene finanzielle Mittel aus dem gemeinschaftlich finanzierten EU-Haushalt bereitgestellt würden, um einen temporären EU-Rettungsschirm für zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa einzurichten, der auch Austauschorganisationen umfasse. Dieser sollte über das am 27. Mai von der EU-Kommission vorgestellte 750-Mrd.-Wiederaufbaupaket finanziert und keinesfalls zulasten laufender EU-Programme eingerichtet werden;
6. die Förderung für internationale Jugendaustauschangebote über den Kinder- und Jugendplan auszubauen und anzupassen, um Jugendgruppen und Vereinen angemessene Möglichkeiten auf Förderung und Planungssicherheit zu geben und dadurch mehr junge Menschen zu erreichen. Das beinhalte,
 - a) die Möglichkeit, unterschiedliche Förderprogramme zu kombinieren;

- b) Förderbedingungen zu flexibilisieren, um passgenaue Angebote für Teilnehmende zu schaffen. Dazu gehöre insbesondere Antragsfristen flexibler zu gestalten, Anbahnung und Overhead mit zu finanzieren sowie die Möglichkeit, den Partner im Ausland zu unterstützen;
- c) Austauschprojekte, die erfolgreich unterrepräsentierte Jugendliche erreichten, zu verstetigen und die Tagessätze den tatsächlichen Kosten entsprechend anzupassen;
- d) gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu prüfen, wie etwa über die Jugendarbeit die Angebote des Jugendaustauschs einen größeren Bekanntheitsgrad erlangen könnten und wo möglich und sinnvoll zusätzliche, niedrigschwellige Beratungsangebote einzurichten wären;
- e) eine Prüfung für die Einführung einer dritten Säule im Schüler- und Jugendaustausch mit dem Ziel einzuleiten, eine Zuständigkeit für gemeinnützige Organisationen zu definieren und damit die entsprechende Förderstruktur bereitzustellen, die weder durch den schulischen Bereich noch als freie Träger im Jugendaustausch, durch den Kinder- und Jugendplan gefördert würden. Das betreffe im Bereich des individuellen langfristigen Schüleraustauschs Programme mit Besuch einer Schule im Ausland bzw. in Deutschland für mindestens drei Monate bis zu einem Jahr, die von Trägern der freien Jugendhilfe durchgeführt und im Wesentlichen durch ehrenamtliches Engagement ermöglicht würden. Fördermittel für die Entwicklung und Umsetzung von digitalen Angeboten in der internationalen Jugendarbeit seien dauerhaft bereitzustellen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/20164 in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/20164 in seiner 60. Sitzung am 9. September 2020 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Im Verlauf der Beratungen erläuterte die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dass die Bundesregierung aus ihrer Sicht ziemlich lange gebraucht habe, um die fehlenden COVID-19-Nothilfen auch für den gemeinnützigen Sektor zu bewilligen. Zu diesem Sektor gehörten auch die internationalen Austauschorganisationen, die sehr lange im Ungewissen gelassen wurden und sich deshalb mit ihrer Furcht, in Folge der Corona-Pandemie unterzugehen, an die Fraktion gewandt hätten. Im Eckpunktepapier des Konjunkturpaketes seien noch viele Punkte unklar und nicht ausreichend. Das betreffe etwa die Fragen, wer Überbrückungshilfen überhaupt beantragen könne oder wie gemeinnützige Organisationen, die keine Rücklagen hätten und auch keine Gewinne erwirtschaften dürften, Schulden durch Kredite abbezahlen sollten. Viele Fragen seien offen gewesen. Daher habe die Fraktion seit April darauf hingewiesen, auch auf diese gemeinnützigen Organisationen zu schauen und die in der Krise zu unterstützen, weil im Grunde eine ganze Organisationslandschaft drohte einzubrechen. In diesem Zusammenhang seien von der Fraktion Anträge etwa zur Förderung für die Sozialwirtschaft oder für einen Rettungsschirm „Zivilgesellschaft“ gestellt worden. Diese Anträge seien mit dem Hinweis auf mangelnde Umsetzbarkeit und mangelnde Mittel abgelehnt worden.

Diese Einstellung der Bundesregierung habe sich glücklicherweise geändert. Das werde begrüßt, da der zivilgesellschaftliche Sektor im Vergleich zum kommerziellen Sektor deutlich weniger Aufmerksamkeit und staatlichen Schutz erhalte. Das zeige die Prioritätensetzung der Bundesregierung. Daher habe die Fraktion einen eigenen Antrag vorgelegt. Einige der geforderten Punkte seien bereits von der Bundesregierung aufgenommen und umgesetzt worden.

Der Fraktion sei wichtig, dass die Strukturen, die sich im Laufe der Jahre gebildet hätten und die gute Arbeit für Jugendliche und das Verständnis und den Zusammenhalt zwischen den Nationen auch innerhalb Europas leisteten,

erhalten blieben. Es bestehe sicher fraktionsübergreifende Einigkeit bei der Bestrebung, diese Angebote aufrecht zu erhalten. Es sei gerade in der aktuellen Situation in Europa von großer Wichtigkeit, dass junge Menschen zusammenkämen und lernten, einander zu verstehen.

Viele dieser Austauschorganisationen seien derzeit oder in der Vergangenheit in einer prekären Situation und in ihrer Existenz bedroht. Auch innerhalb Europas solle das Problem angegangen werden. Europaweit müsse es Angebote geben, die krisenfest und zukunftsfit aufgestellt seien, damit mehr junge Menschen erreicht würden, als das bisher der Fall sei. So gebe es etwa zu wenige Auszubildende, die an einem Austausch teilnehmen würden.

Die Bundesregierung habe im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts kurz vor der parlamentarischen Sommerpause Zuschüsse für die gemeinnützige Trägerlandschaft der Kinder- und Jugendhilfe in Höhe von 100 Mio. Euro gewährt. Davon seien 25 Mio. Euro für die Austauschorganisationen. Das sei auch der Betrag, den die Fraktion gefordert habe. Das sei ein wichtiger Schritt gewesen.

Es gebe aber auch Forderungen in dem Antrag der Fraktion, die nicht umgesetzt wurden. Dafür werde nochmal geworben. In der aktuellen Situation lägen etwa die Mittel für „Erasmus+“ und die „European Solidarity Corps“ unter den Vorschlägen des Europäischen Parlaments. Derzeit versuche das Europäische Parlament bei „Erasmus+“ mitzugestalten. Die Fraktion hoffe, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft für eine Erhöhung einsetzen werde. Deutschland sollte ein klares Zeichen der Solidarität setzen.

Ein anderer Punkt sei der Wiederaufbaufonds, der vor allem auf das konditionslose Verteilen von Mitteln an die Mitgliedstaaten fokussiert sei. Darin sei der geforderte Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft eben nicht vorgesehen. Ein letzter Punkt betreffe die Forderung des Antrags zum Ausbau des Kinder- und Jugendplans, um dem Ziel gerecht zu werden, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft Zugang zu qualitativ hochwertigen Austauschangeboten zu geben. Hier fordere die Fraktion, die Förderung für internationale Jugendaustauschangebote über den Kinder- und Jugendplan auszubauen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass Corona tatsächlich alles verändere. Es sei angenehm, dass die antragstellende Fraktion eingeräumt habe, dass sich mehr oder weniger alles, was in dem Antrag gefordert werde, über den Sommer erledigt habe. Es müsse einfach anerkannt werden, dass sich über den Sommer und nachdem die Organisationen an alle Abgeordneten herangetreten seien, viel getan habe. Die Organisationen und Verbände hätten sich sogar für die ergriffenen Maßnahmen bedankt. Insofern habe sich der Antrag mehr oder weniger erledigt.

Nichtsdestotrotz sei allen Abgeordneten klar, wie wichtig der Austausch von jungen Leuten sei und wie viel davon gerade in der momentanen außenpolitischen Situation, die zusehends brisanter werde, nötig sei. Alle Abgeordneten hätten Post vom Bundestagspräsidenten bekommen, mit der erläutert wurde, dass das PPP Corona-bedingt ausfallen müsse. Das sei für die PPP-Schüler eine sehr traurige Nachricht gewesen.

Die Bundesregierung habe viel geleistet in Sachen Hilfsmaßnahmen und Unterstützung etwa durch Darlehen der KfW und durch Zuschüsse. Gleiches gelte für das aufgelegte Sonderprogramm. In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/21405 würden die Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung dezidiert aufgeführt.

Auch die Verbände selbst hätten auf die Forderungen und Vorschläge reagiert, dass sie sich umstellen müssten etwa auf andere Formate und die Digitalisierung. Auch das sei geschehen.

Wichtig sei jedoch auch, dass die derzeitige Corona-Situation nicht dazu führen dürfe, dass viele Themen wie etwa der Schüleraustausch, der reine Ländersache sei, auf Dauer auf die Bundesebene mit den entsprechenden finanziellen Verpflichtungen gehoben werde.

Das Anliegen selbst sei ausgesprochen wichtig, aber der Antrag sei, so wie er vorliege, nicht mehr notwendig. Daher könne die Fraktion dem Antrag auch nicht zustimmen.

Die **Fraktion der AfD** kündigt an, dem Antrag nicht zuzustimmen. Erstmal spreche nichts dagegen, den Jugendaustausch sicherstellen und fördern zu wollen. Problematisch werde es, wenn daraus ein linksideologisches Projekt gemacht werden solle, wie schon der Titel des Antrags deutlich mache. Der antragstellenden Fraktion gehe es nicht um das individuelle Erleben von anderen Kulturen, sondern es solle eine möglichst globale Grenzenlosigkeit zum Ausdruck gebracht werden, um diesen Globalismus immer stärker in den Köpfen der Jugendlichen

zu verankern. Im Übrigen sei es auch nicht die Aufgabe Deutschlands, mitten in der Corona-bedingten Weltwirtschaftskrise ausländischen Austauschorganisationen finanzielle Hilfe anzubieten. Stattdessen sollte der Blick ins Inland gerichtet werden. Den Menschen, die hier in Deutschland um ihre finanzielle Existenz bangten, solle geholfen werden, anstatt das Geld deutscher Steuerzahler wieder großzügig im Ausland zu verteilen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass, wenn es nach ihr ginge, noch mehr jungen Menschen die Möglichkeit gegeben würde, nach Deutschland zu kommen oder in andere Länder zu gelangen. Das sei es, was Solidarität und das „Miteinander Lernen“ sowie den kulturellen Austausch ausmache. Von daher seien die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen großartig. Wie bereits erläutert wurde, seien die Forderungen des Antrags größtenteils erfüllt. Zwar gebe es bekanntermaßen noch mehr zu tun. So sei der Bundesregierung wegen der Entwicklungen in der Welt und wegen der aktuellen nationalistischen Strömungen daran gelegen, zusätzlich zu prüfen, welche Mittel es noch möglich machten, um den Austausch auch in der Zukunft zu fördern. Das sei begrüßenswert. Von daher würden die Impulse, die die antragstellende Fraktion gesetzt habe, gerne aufgenommen. Die Bundesregierung arbeite sicher auch schon daran und es sei sehr erfreulich, wenn das Geld dann im November fließen werde.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass die Einlassung der Fraktion der AfD vor Augen geführt habe, wie wichtig es sei, gemeinschaftlich Austauschprogramme zu fördern und dieses Thema im Blick zu behalten. Denn das Fremde kennenzulernen, führe nicht dazu, dass man die eigene Identität verliere, sondern dazu, seinen eigenen Horizont maßgeblich zu erweitern. Das führe zu positiver Identität und zu einem friedlichen Miteinander. Von daher sei der Grundansatz dieses Antrags auch sehr unterstützenswert. Es sei zwar bereits viel dazu gesagt worden, dass sich der Antrag wegen der Maßnahmen der Bundesregierung in vielen Punkten erledigt habe. Verschiedene Punkte, die aus Sicht der Fraktion sehr positiv bewertet würden, sollten aber nochmals unterstrichen werden. Das betreffe etwa den angesprochenen Rettungsschirm in Höhe von 25 Mio. Euro, aber auch die Forderung, „Erasmus+“ zu erhöhen und das Europäische Solidaritätskorps zu unterstützen. Es gebe aber auch einzelne Aspekte, bei denen nicht klar geworden sei, was damit gemeint sei. Das gelte etwa für die fünfte Forderung nach weiteren Rettungsschirmen. Unklar sei etwa, woher das Geld dafür kommen solle und wohin es gehen solle. Zwar seien die Ziele, die Planungssicherheit für die Verbände sicherzustellen und mehr Menschen einen Austausch im zusammenwachsenden Europa zu ermöglichen, sehr unterstützenswerte Anliegen. Aber die Fraktion werde sich bei der Abstimmung über den Antrag aufgrund der vorgetragenen Gründe enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kündigte an, dem Antrag zuzustimmen. Es sei zwar richtig, dass die Bundesregierung viele Maßnahmen ergriffen habe. Wie richtig vorgetragen wurde, gehe es aber darum, den Blick in die Zukunft zu richten und die Programme zusätzlich zu stärken. So sollten unterschiedliche Jugendgruppen und damit Gruppen, die bisher unterrepräsentiert seien, eingebunden werden. Diese Schritte sollten getan werden. Seitens der Fraktion der SPD sei ausgeführt worden, dass man diese Forderungen mitnehme und nachsteuern werde. Daher bestehe die Hoffnung, dass die bisher nicht umgesetzten Forderungen aus dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zukünftig umgesetzt würden.

Berlin, den 9. September 2020

Michaela Noll
Berichterstatlerin

Svenja Stadler
Berichterstatlerin

Martin Reichardt
Berichterstatler

Matthias Seestern-Pauly
Berichterstatler

Katrin Werner
Berichterstatlerin

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatlerin

